

## 4.2. Kurzprotokoll der offenen Podiumsdiskussion vom 30. November 1977

Detlef SEMBILL

*„Wie lassen sich die vorgeschlagenen Maßnahmen verwirklichen und welche Aussichten auf Realisierung bestehen?“*

Dieses Protokoll soll zweierlei leisten:

1. Die von der Podiumsdiskussion getrennte Diskussion zwischen Plenum und Podium als eine Einheit,
2. die verschiedenen Diskussionsschwerpunkte, die von verschiedenen Vertretern in unterschiedlicher Zeitfolge angesprochen wurden, strukturiert zusammenzufassen.

Aus diesem Grunde sind die behandelten Themen zu zwei Komplexen zusammengefaßt, einem Komplex, der sich mit Fragen der *unmittelbaren Schulpraxis*, und einem, der sich mit den langfristigen *Determinanten dieses Bereiches* befaßt.

### I. Fragen der unmittelbaren Schulpraxis

Als von der Problematik besonders betroffene Gruppen werden von den Teilnehmern genannt:

a) Schüler, b) Eltern, c) Schulen und Kultusbehörden;

Dabei wird konstatiert, daß für die Gruppe der Schüler Streß- und Angstphänomene am stärksten wirksam werden.

Als Subgruppe stehen in der Diskussion die Hauptschüler im Vordergrund, weil sie als die Gruppe identifiziert werden, bei der Anspannung bzw. Überbeanspruchung zu dem Zeitpunkt in verstärkte Schulunlust oder gar Resignation übergehen, in dem ihre Hoffnung auf ein Weiterkommen zu schwinden beginnt. Es herrscht weitgehend die Auffassung, daß die Befürchtung, vom weiteren Aufstieg ausgeschlossen zu sein, von den Hauptschülern durchaus realistisch eingeschätzt wird. Einwände gegen diese Auffassung, belegt durch die große Zahl von Schülern, die in einer Befragung vorgaben, gerne zur Schule zu gehen, können mit dem Hinweis auf mangelnde Kritikfähigkeit von Hauptschülern (im Vergleich zu Gymnasiasten) und dem geringen Anteil der Studierenden, die während ihrer Ausbildung die Hauptschule abgeschlossen hatten, entkräftet werden.

In bezug auf die Gruppe der Eltern wurden im wesentlichen drei Argumente vorgetragen:

1. In den 50er und 60er Jahren entwickelten sie eine Aufsteigermentalität („Erfolgsideologie“), die auf die Schule übertragen wurde und von ihr wieder weggenommen werden sollte.
2. Sie sehen „ihr“ Problem einerseits zu individuell; andererseits – falls sie sich organisieren – verfügen sie über zu geringe Durchsetzungsmöglichkeiten gegenüber den Kultusbehörden.
3. Es existiere ein sehr schlechter Informationsfluß, vor allem zwischen den Lehrern und den Eltern, der über die Privatinitiative hinaus durch regionale Beratungsstellen mit behoben werden sollte.

Das dadurch verkrampfte Verhältnis zwischen den Eltern und den Schulinstanzen trägt mit zu einem schlechten Klima in der Schule bei, dessen Leidtragende in erster Linie wiederum die Schüler sind.

Ein Informationsproblem anderer Art wurde mit dem Begriff „*Transparenz in der Schule*“ angesprochen, der terminologisch jedoch unterschiedlich verwandt wurde:

- Von Schülerseite i. S. von Mitgestaltung/Beteiligung der Schüler an Lerninhalten, die als durchaus notwendige und auch – in Grenzen – realisierbare Maßnahme zu betrachten wäre;
- von seiten der Kultusbehörden, Schulen und Lehrer i. S. von Durchsichtigkeit/Überprüfbarkeit von Unterricht, die wegen der zu befürchtenden streßfördernden Nebenwirkungen durch das Gefühl der stetigen Kontrolle und der daraus resultierenden Einengung fachlicher und persönlicher Freiheiten abzulehnen wäre.

Ein Teil der dargestellten Punkte wurde im Zusammenhang mit dem Fächerkanon bzw. mit den angestrebten Lernzielen der einzelnen Fächer diskutiert. Hier wurde vor allem die Reduzierung musischer Fächer („alles was Spaß macht“) beklagt, die auch zu einer Reduzierung der Entspannungsmöglichkeiten, also gleichzeitig zu einer größeren Leistungsbeanspruchung, geführt habe. Als ein gewichtiger Nachteil aller Fächer wurde der überwiegend hohe Anteil kognitiver Lernziele in bezug auf die vermittelten Inhalte angesehen.

Unter diesen Gesichtspunkten wird gefordert, daß auf der Grundlage der Verschiedenartigkeit der Schüler (insbesondere schon der Schulanfänger) Selbstvertrauen und Lernbereitschaft vermittelt werden sollten, um die Schüler orientierungsfähig (flexibel) bezüglich der im weiteren Verlauf der Ausbildung an sie herangetragenen Anforder-

rungen zu machen. Organisatorische Voraussetzungen zur Abschaffung der genannten Mängel sei (im Bereich der Grundschule) eine Erhöhung der Wochenstundenzahl, die nur durch den Einsatz aller ausgebildeten Lehrer und auch Sozialpädagogen erreicht werden könne.

## II. Langfristige Determinaten des Schulbereiches

Die Forderungen nach einem besseren Klima in der Schule/Klasse oder nach der Vermittlung anderer Lerninhalte zogen sofort auch Forderungen einer verbesserten Lehrerbildung nach sich: Pädagogen statt Fachwissenschaftler!

Es wurde auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das erworbene pädagogische Wissen durch Stabilisierungsmaßnahmen während der Unterrichtspraxis gestützt bzw. erweitert werden müßte.

Einen großen Raum nahm die Diskussion über die Abhängigkeit der Bildungspolitik von der Wirtschafts- und Finanzpolitik ein, also der Beschäftigungspolitik von Staat und Wirtschaft („Lehrerarbeitslosigkeit“ und „Jugendarbeitslosigkeit“). Historische Parallelen solcher gemeinsam auftretenden extremen Ausprägungen machten die Zulieferungsfunktion der Schule für Staat und Wirtschaft („Ausschöpfung der Begabungsreserven des Schülermaterials“) deutlich.

Als Regelmechanismus zwischen Beschäftigungssystem und Bildungssystem, nach dem die vorhandenen Chancen verteilt werden, kann das *Berechtigungswesen* verstanden werden. Dieser Mechanismus mit seinen unstrittig negativen Konsequenzen kann insofern nicht akzeptiert werden, als die Verteilungskriterien zu einer offensichtlichen Benachteiligung des Systems der beruflichen gegenüber dem der allgemeinen Bildung führen, und somit für den weitaus größeren Anteil der Schüler eine große zusätzliche Belastung entsteht.

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung der Abkopplung beruflicher Bildung von allgemeinbildenden Funktionen zu sehen. Es wurde betont, daß es dabei darum gehe, daß Abschlüsse beruflicher Schulen an beruflichen Qualifikationen gemessen werden müssen, daß es weiter darum gehe, solche Abschlüsse als gleichwertig anzuerkennen, damit nicht allgemeinbildende Fächer wie zum Beispiel Englisch und Mathematik, an denen diese Schüler in der Regel bereits schon einmal gescheitert sind, zu Aufstiegsriterien gemacht werden; es gehe allerdings nicht darum, daß die Schüler berufsbildender Schulen nicht mehr in diesen Fächern unterrichtet werden sollen.

Die Wirksamkeit bereits durchgeführter oder noch durchzuführender Reformen wurden ebenfalls anhand der Parameter Beschäftigungssystem, Berechtigungswesen und Bildungssystem betrachtet:

Die Überforderung vieler auch von den Reformen Betroffener konnte durch isolierte Eingriffe in dieses Gefüge (Orientierungsstufe, Kurs-system der gymnasialen Oberstufe, Neue Mathematik etc.) nicht erkennbar abgebaut werden.

Es gilt deshalb, für neue Reformvorhaben Auswirkungen auf den gesamten Schulbereich und das Berechtigungswesen zu antizipieren.